

Herrn
Regionspräsident
Hauke Jagau

An den
Vorsitzenden der Regionsversammlung
Walter Richter

übrigen Fraktionen **z.K.**

im Hause

Hannover, 8.4.2019

Antrag gem. § 8 der Geschäftsordnung

In die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 30.04.2019
In die Sitzung des Regionsausschusses am 07.05.2019
In die Sitzung der Regionsversammlung am 21.05.2019

**Antrag
der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,**

Entschließung der Regionsversammlung Hannover

Beschlussvorschlag:

Die Regionsversammlung lehnt die geplante Ummantelung der Kalirückstandshalde Ronnenberg durch die Nutzung als Bauschuttdeponie mit anschließender Erdaufschüttung zwecks Begrünung ab.

Die Regionsversammlung macht sich diesbezüglich die Sorgen der Bürgerinitiative Ronnenberg „Bauschuttdeponie – Nein Danke“ (BI) zu eigen und schließt sich deren Forderungen sowie der einstimmig beschlossenen Resolution des Rates der Stadt Ronnenberg vom 12.12.2018 an.

Die Regionsverwaltung wird aufgefordert, dieser Beschlussfassung der Regionsversammlung bei einer Beteiligung bzw. bei der Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen eines bergrechtlichen Genehmigungs- oder Planfeststellungsverfahrens Rechnung zu tragen.

Begründung:

Im Stadtteil Ronnenberg befindet sich eine Kalirückstandshalde als Überbleibsel der dort bis zum Jahre 1975 betriebenen Steinsalzförderung. Nach dem Wassereinbruch in diesem Bergwerk musste es geschlossen werden. Die Halde sollte vollständig entfernt werden, indem die Ablagerungen zur Verfüllung des Lagers für radioaktive Abfälle zum „Schacht Asse“ abtransportiert wurden. Nach gut 10 Jahren musste diese Haldenentfernung auf Grund der Wassereintritte in der „Asse“ abgebrochen werden. Etwa ein Drittel des ursprünglichen Haldenkörpers sind daher noch am Standort Ronnenberg vorhanden.

In der Erwartung der vollständigen Haldenabtragung entstand jedoch ab Anfang der 90er Jahre in unmittelbarer Nähe der Lagerstätte ein Neubaugebiet mit Einfamilienhäusern, freistehend und in Reihe. Das Baugebiet ist vollständig bebaut.

Im Sommer 2018 wurde bekannt, dass die Fa. Menke Umwelt Service Ronnenberg & Co KG plant, die noch unter der Aufsicht des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) stehende Halde als Bauschuttdeponie zu nutzen und sie anschließend nach Ummantelung mit Erde zu

begrünen. Eine Antragskonferenz zu diesem Vorhaben fand im August 2018 unter der Federführung des LBEG statt. Nach Bekanntwerden dieser Pläne gründete sich in Ronnenberg die Bürgerinitiative. Ebenso wie der Rat der Stadt Ronnenberg befürchtet die BI jahrzehntelange nachhaltige Beeinträchtigungen für die Wohnquartiere im Umfeld der Halde durch einen Betrieb als Bauschuttdeponie.

Nach allen bislang bekannt gewordenen Informationen bedeutet dies, dass

- voraussichtlich mindestens 20 Jahre lang werktätlich im Schnitt 25 -30 Lastkraftwagen (50 - 60 An-und Abfahrten) von und zur Halde stattfinden würden
- bei der Ablagerung des Bauschutts Planierdrauen und Kompaktoren auf dem Haldengipfel zum Einsatz kommen und zu hören sein werden
- trotz vorgesehener Befeuchtung der abzulagernden Stoffe mit Staubverwehungen zu rechnen sein wird
- die Schadstofffreiheit des abzulagernden Bauschutts vermutlich nicht garantiert werden kann
- Erschütterungen durch Lkw-Betrieb und Kompaktoren zu erwarten sind
- bei der geplanten Aufschüttung der Halde um bis zu 20 m auch Verschattungen der Nachbarbereiche zu erwarten sind
- eine spürbare Wertminderung der Wohngrundstücke mindestens während der Zeit einer Realisierung des Vorhabens zu erwarten ist.

Auch wenn in den Planungen der Fa. Menke darauf verwiesen wird, dass mit dem Vorhaben zukünftig eine Umweltverbesserung erreicht werden soll (Verringerung der Salzauswaschungen und der Staubverwehungen vom Haldenkörper), bleibt festzuhalten, dass es sich hierbei um eine mit Gewinnerzielungsabsicht betriebene Unternehmung handelt, zu deren Realisierung mehrere hundert Wohnhaushalte, drei Kindertageseinrichtungen der Stadt Ronnenberg sowie das Gemeinschaftshaus der Stadt in einem Radius von wenigen hundert Metern über vermutlich mehr als 20 Jahre erhebliche Beeinträchtigungen ihrer Wohn- und Lebensqualität durch Lärm, Staub, Verschattung und evtl. Schadstoffe im Staub bzw. Sickerwasser ertragen müssten. Die Einwohner, die vor gut 20 Jahren in das Baugebiet zogen mit der Aussicht auf die vollständige Entfernung der Halde, müssen nun befürchten, dass der Berg wieder aufgeschüttet wird und sie die Beeinträchtigungen daraus jahrelang ertragen müssen. Bei Abwägung der wechselseitigen Interessen ist dies den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht zuzumuten, so dass das Projekt Bauschuttdeponie nicht realisiert werden darf.

Anlage: Resolution des Rates der Stadt Ronnenberg vom 12.12.2018

Mit freundlichen Grüßen

Silke Gardlo
(Fraktionsvorsitzende SPD)

Bernward Schlossarek
(Fraktionsvorsitzender CDU)

Ulrich Schmersow
(stellv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90 / Die GRÜNEN)